
Abschlussbericht

Forschungsprojekt:

Mapping and stakeholder analysis of the integration landscapes in rural districts in Bavaria

Nürnberg, Februar 2018

Wie? Wo? Mit wem funktioniert Integration?

Studie zu Akteuren und Integrationsmaßnahmen in ländlichen Regionen Bayerns

Verfasser

Korbinian Frey, Sebastian Hemmer

Projektmitarbeiter

Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrations(bei)räte Bayerns

AGABY

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1 Einleitung.....	3
2 Forschungsmethodik	4
3 Landkreis Haßberge.....	6
3.1 Kurzcharakterisierung des Landkreises (Statistische Daten, Migrationshistorie).....	6
3.2 Stellenwert Integration im Landkreis	8
3.3 Wichtigste Akteure der Integration und Vernetzung im Landkreis	11
3.4 Zivilgesellschaft: Charakterisierung der ehrenamtlichen Angebote	14
3.5 Partizipation von Migrant*innen	17
3.6 Kommunikation von Integrationsangeboten	18
3.7 Wahrnehmung und Akzeptanz.....	19
4 Handlungsempfehlungen	21
5 Einbezogene Literatur	24

1 Einleitung

Dass die Integration von Migrant*innen lange Zeit vor allem mit Großstädten und Ballungsräumen in Verbindung gebracht wurde, mag daran liegen, dass ihr Anteil an der Wohnbevölkerung dort deutlich höher ist als auf dem Land, jedoch – so zeigen aktuelle Forschungsergebnisse – auch daran, dass Integration in ländlichen Räumen oft problemloser verläuft und deshalb weniger Aufmerksamkeit auf sich zieht. Doch die Hinwendung zu der Fragestellung, wie Integration in ländlichen Räumen gelingen kann, ist allenthalben spürbar. Der Zuwachs an wissenschaftlichen Publikationen, praktischen Handreichungen der Verbände oder kommunaler Integrationspläne belegt dies eindrucksvoll. Grund dafür ist zunächst, ganz simpel, dass mehr als die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund außerhalb der großen Städte leben (Ritgen 2018; Aumüller/Gesemann 2016). Wie der Zuzug von Geflüchteten diese Verteilung beeinflusst, lässt sich noch nicht abschließend beurteilen, doch mehren sich die Eindrücke, dass dieser Trend aufgrund der günstigen Bedingungen ländlicher Räume anhält (ebd.). Hierfür wird vor allem angeführt, dass eine geringere Anzahl von Zugewanderten tendenziell soziale Kontakte zur angestammten Bevölkerung vor Ort fördert und die Integrationsfähigkeit der Aufnahmegesellschaft insgesamt weniger herausfordert und dass gerade strukturschwache, vom demographischen Wandel betroffene Regionen von Migration profitieren können (Schader-Stiftung 2014; Ritgen 2018). So bilanziert Ritgen:

„Ländliche Räume bieten gute Voraussetzungen für die Integration von Migrant*innen und können, wenn die Integration gelingt, ihrerseits durch die Zuwanderung von Ausländern profitieren“ (ebd.: 408).

Diese Aussage stützen aktuelle Forschungsergebnisse, die mit Städten und Kommunen durchgeführt wurden. So ergab eine Umfrage in knapp 200 Städten, Landkreisen und Gemeinden, dass speziell Landkreise (gegenüber Klein- und Mittelstädten) der Integrationsarbeit eine hohe Bedeutung beimessen und hierfür besonders stark kommunale Zukunftsperspektiven, die demographische Entwicklung und Arbeitsmarktpotenziale als Gründe anführen (Gesemann/Roth 2016). Eine spätere Erhebung derselben Arbeitsgruppe mit 270 Kommunen zur Integration von Flüchtlingen ergab, dass nach mehrheitlicher Einschätzung die Herausforderungen gut oder sehr gut gemeistert wurden. Als zentrale Erfolgsfaktoren hierfür werden genannt: die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung, die positive Grundstimmung/Offenheit in der Bevölkerung, das hohe freiwillige Engagement für Flüchtlinge sowie eine gute Vernetzung der relevanten Akteure in den Kommunen (Gesemann/Roth 2017: 3).

Einhellig bestätigen die zahlreichen Publikationen der jüngeren Zeit zu der Thematik jedoch auch, dass ländliche Bereiche sehr heterogen strukturiert sind, weshalb sich die Erkenntnisse der (städtisch geprägten) Integrationsforschung nicht einfach übertragen lassen (Ritgen 2018). Aufgrund der geringeren Zahl von Migrant*innen, großer räumlicher Distanzen und weniger ausgebauter Verkehrswege ist ihre Selbstorganisation oft erschwert und Integrationsangebote schwer erreichbar. Die differenzierte Wahrnehmung auf ländliche Räume wird speziell an der Wahrnehmung Geflüchteter deutlich (Kordel/Weidinger 2017). Zudem sind Landkreise „als Trägern von Ausländer- und Sozialbehörden, von Jugendämtern und Jobcentern, im schulischen Bereich sowie bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen eine große Zahl von Aufgaben zugewiesen“ (Deutscher Landkreistag 2016: 20). Daher ist es wichtig zu betonen, dass speziell die Flüchtlings-Migration nicht dazu taugt, die Nachteile strukturschwacher ländlicher Räume schlicht „auszugleichen“, sondern „die die Stärken und Schwächen

ländlicher Räume durch Flüchtlings-Migration eher noch deutlicher zum Vorschein kommen“ dürften (Mehl et al. 2017: 23). Dabei ist die Kompetenzabsteckung von Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden als zwei Trägern kommunaler Selbstverwaltung eine zusätzliche Herausforderung. Um Überforderungen zu vermeiden, seien deshalb gerade kleine Städte und Gemeinden auf die Koordinierung seitens der Landkreise angewiesen (Ritgen 2018; Mehl 2017; Deutscher Landkreistag 2016).

Wie mit den Chancen und Herausforderungen der Integration umgegangen wird, ist am besten in den Landkreisen vor Ort zu erfahren. Daher konzentrierte sich die vorliegende Studie darauf, mittels eines qualitativen Ansatzes Akteurskonstellationen in den Landkreisen – primär auf den Ebenen Politik/Verwaltung, Zivilgesellschaft sowie Migrant*innen(-selbstorganisationen) – sichtbar zu machen. Diese sollen einerseits den im Feld der Integrationsarbeit aktiven Personen im Landkreis zur weiteren Bearbeitung zurückgespiegelt werden sowie andererseits als Aufbau von Knowhow für die Beratung und Unterstützung von migrantischen Interessenvertretungen in den Landkreisen dienen.

2 Forschungsmethodik

Die Studie wurde von November 2017 bis Februar 2018 von Mitarbeitern der AGABY-Geschäftsstelle durchgeführt. Ein erster Schritt bestand in der Auswahl der Landkreise. Diese wurde auf Basis einer Vorabrecherche getroffen, in die die Kriterien politische Struktur (u.a. Fraktion des Landrats), Bevölkerungszusammensetzung und Migrationsstruktur, sozioökonomische Indikatoren, infrastrukturelle Bedingungen, partizipative und integrationsfördernde Strukturen sowie die aus der Kontakthistorie mit AGABY unterstellte Kooperationsbereitschaft der Landkreise einfließen. Die Auswahl fiel schließlich auf zwei Landkreise, deren Gemeinsamkeit in einer eher ländlichen Struktur (abseits großer Zentren und ohne kreisfreie Stadt im Zentrum) und in erkennbaren integrationsfördernden Strukturen (z.B. entsprechende Stellen, Repräsentationsorgane) besteht – Ziel der Studie ist es schließlich, Integrationsstrukturen in ländlichen Räumen zu erforschen. Gleichzeitig unterscheiden sich die Auswahllandkreise Haßberge und Miesbach neben ihrer geographischen Lage und ihrer Wirtschaftsstruktur auch bezüglich ihrer Migrationshistorie: Der Landkreis Miesbach weist seit Längerem eine für Bayern überdurchschnittlich starke ausländische Bevölkerung (Quoten von an die zehn, jüngst deutlich über zehn Prozent) auf, wohingegen im Landkreis Haßberge die ausländische Bevölkerung deutlich niedriger (zwischen zwei und drei Prozent) lag und erst seit dem fluchtbedingten Zuzug deutlich ansteigt, der die Frage nach Integration im Landkreis daher deutlich stärker prägt. Diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen schienen das Feld der sich für bayerische Landkreise abzeichnenden Herausforderungen aus Sicht eines Dachverbandes von Migrant*innenselbstorganisationen sehr gut zu umreißen und ein spannendes Forschungsfeld dazustellen.

Der Auswahl folgte ab der zweiten Novemberhälfte eine Phase, in der einerseits aktuelle wissenschaftliche Literatur rezipiert und statistische Daten zu beiden Landkreisen recherchiert wurden sowie andererseits die Kontaktaufnahme erfolgte. Beide Landräte wurden mittels eines Anschreibens der AGABY-Vorsitzenden über die Studie informiert und um aktive Teilnahme gebeten. Parallel wurden in beiden Landkreisen AGABY bekannte Multiplikatoren (der Bildungskordinator des Landkreises Haßberge und der Integrationsbeauftragte in Miesbach) kontaktiert und um Kontaktempfehlungen gebeten. Weitere Ansprechpartner wurden anhand der vorab aufgestellten Zielgruppen (Politik und Verwaltung, Zivilgesellschaft, Migrant*innen und Migrant*innenselbstorganisationen) recherchiert und Interviewtermine vereinbart. In Miesbach half die Teilnahme an einer Sitzung des Integrationsbeirats

bei diesem Schritt. Mit beiden Landratsämtern erfolgten noch intensive Abstimmungen zum Zweck der Studie, bevor Anfang-Mitte Dezember das Landratsamt Haßberge seine Teilnahme bestätigte, das Miesbacher Landratsamt jedoch seine aktive Teilnahme zurückzog.

Zur Durchführung der Interviews wurde ein Leitfaden erstellt, der sieben Kategorien umfasste. Hierfür wurden zum einen die oben zitierten vier Erfolgsfaktoren kommunaler Integration aufgegriffen:

- die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung in der Kategorie „Politik/Institutionalisierung“
- die Offenheit in der Bevölkerung in der Kategorie „Wahrnehmung/Akzeptanz“
- das freiwillige Engagement in der Kategorie „zivilgesellschaftliches Engagement“
- und die Vernetzung der relevanten Akteure in der Kategorie „Akteure/Vernetzung“.

Hinzu kamen weitere drei Kategorien, die jeweils die spezielle Situation im Landkreis („Stellenwert Integration im Landkreis“) und die der migrantischen Bevölkerung („Migrantische Bevölkerung“, „Selbstorganisation von Migrant*innen“) thematisierten.

Ab der ersten Dezemberwoche bis Ende Januar wurden zu regelmäßigen Terminen in den Landkreisen leitfadengestützte Interviews (meist Einzelgespräche, einzelne mit mehreren Personen) durchgeführt. Die Interviews dauerten, je nach Umfang des Expertenwissens und verfügbarer Zeit, zwischen 45 und 120 Minuten und wurden direkt im Anschluss transkribiert. Bei der Auswahl der Gesprächspartner wurde auch auf eine gute geographische Abdeckung der Landkreise geachtet. Insgesamt wurden im Landkreis Haßberge 12 Gespräche geführt: je fünf mit Vertretern des Landratsamtes (Landrat, Sozialamt, Bildungskordinator, Integrationslotsin und Koordination Bürgerschaftliches Engagement) und der Zivilgesellschaft (Wohlfahrtsverbände, Ehrenamt und Kirchen) sowie vier mit einzelnen Migrant*innen. In Miesbach fanden 10 Gespräche statt: drei mit Personen mit Koordinationsfunktion (Integrationsbeauftragter, Ehrenamtskoordination, Netzwerk Integration), fünf mit zivilgesellschaftlichen Akteuren (Wohlfahrtsverbände, Kirche, ehrenamtliche Initiativen) sowie zwei Kurzgespräche mit Vertretern der Migrant*innen (eine Einzelperson und ein Gruppengespräch mit mehreren Migrant*innen). Der Einbezug von Migrant*innenselbstorganisationen gestaltete sich während der Studie als schwerer als erwartet, da viele „Gruppen“ sich entweder nicht als Community verstehen, kaum öffentlich sichtbar sind oder (teils auch aufgrund des unklaren „Rückhalts“ durch das Landratsamt) sich sehr vorsichtig bzgl. einer Teilnahme verhielten. Ein stärkerer Einbezug wäre nur mit mehr zeitlichem Aufwand möglich gewesen.

Ab Mitte Januar erfolgte die Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse. Die transkribierten Interviewinhalte wurden durch Kategorienbildung schrittweise verdichtet und mittels einer Auswertungsmatrix zu wesentlichen Ergebnissen zusammengefasst. Die in den Gesprächen erfragten wichtigsten Kontakte wurden zudem per Häufigkeitsauszählung in einer Vernetzungsgrafik dargestellt. Kontakte, die entweder wechselseitig genannt oder als sehr wichtig herausgestrichen wurden, wurden mit einer dicken Verbindung gekennzeichnet. Die Darstellung des Netzwerkes erhebt aufgrund der selektiven Auswahl der Interviewpartner keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie dient als visuelle Unterstützung der beschriebenen Vernetzung und als ein Indikator für die Dichte des Integrationsnetzwerks im Landkreis. Die gesamten Auswertungen wurden zunächst für diesen zusammenfassenden Bericht aufgearbeitet. Weitere Konsultationen bzw. Ergebnisvorstellungen sind in Absprache mit den Landkreisen vorgesehen.

3 Landkreis Haßberge

3.1 Kurzcharakterisierung des Landkreises (Statistische Daten, Migrationshistorie)

Der Landkreis Haßberge liegt im östlichen Unterfranken zwischen den Mittelstädten Schweinfurt, Bamberg und Coburg. Mit einer Bevölkerungszahl von knapp 84.581 (2015) und einer Fläche von gut 956 km² gehört er zu den dünner besiedelten Landkreisen Bayerns und ist kleinstädtisch-ländlich strukturiert. Verwaltungssitz ist Haßfurt (13.385 Einwohner). Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt unter dem bayerischen Durchschnitt, jedoch weist der Landkreis eine positive Arbeitsmarktentwicklung auf: die Arbeitslosenquote ist rückläufig und lag 2016 bei 3,2% (Bayern 3,5%). Das Landesamt für Statistik prognostiziert bis 2035 eine leicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung und einen deutlichen demographischen Wandel mit einer Steigerungsrate von fast 50% in der Altersgruppe „65 und älter“.

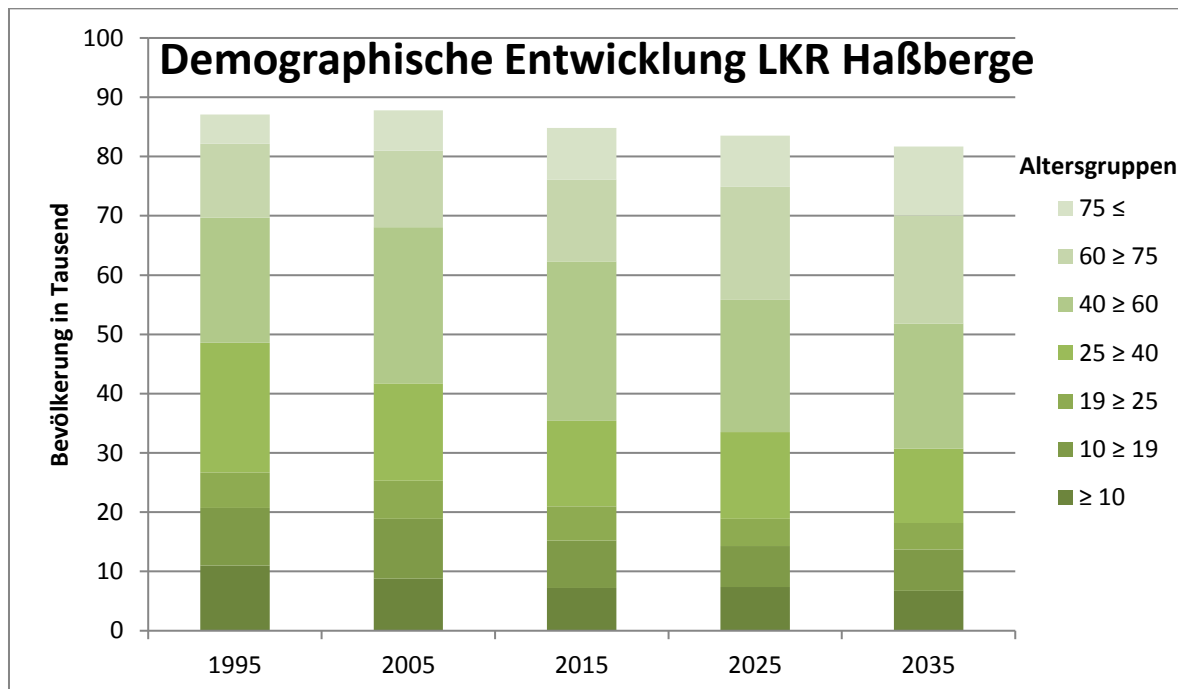


Abbildung 1: Demograph. Entwicklung Landkreis Haßberge (Quelle: Bayer. Landesamt für Statistik; eigene Darstellung)

Migration wurde im Landkreis Haßberge laut einiger Gesprächspartner der Studie überhaupt erst mit dem starken Zuzug von Asylbewerbern ab 2014/15 sichtbar. Tatsächlich lag die Quote der ausländischen Bevölkerung jahrzehntelang bei deutlich unter 3%, bevor sie im Jahr 2014 auf drei, 2015 auf vier Prozent anstieg. Jedoch ist Migration schon seit Längerem ein relevantes Phänomen im Landkreis. Stützpunkte der US-Armee in Schweinfurt und Bamberg schafften eine nennenswerte US-amerikanische Minderheit. Zwar ist die für Westdeutschland typische Gastarbeiter-Migration in Haßberge gering ausgeprägt, doch setzte Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre langsam eine Phase der Arbeitsmigration (besonders in der Land- und Forstwirtschaft) und erste Zuzüge von Asylbewerbern (besonders in Hofheim) ein, bevor in den 1990ern zahlreiche Spätaussiedler aus Osteuropa in den Landkreis zogen und dort meist sesshaft wurden. Diese Gruppe betrachtet sich als sprachlich und wirtschaftlich integriert, wenn sie auch von manchen Gesprächspartnern als eine stark in sich geschlossene Community beschrieben wird, bei der auch Integrationsprozesse fehlgingen.

Dementsprechend weist der Landkreis auch schon gewisse Traditionen in den Beratungsstrukturen auf. Seit den 1980er-Jahren besteht eine Aussiedler-Beratungsstelle. Aufgrund der eher negativen Erfahrungen mit Gemeinschaftsunterkünften in Zeil und Dippach, wurde ab den 1990er-Jahren die Strategie der dezentralen Unterbringung verfolgt. In diese Phase fällt auch der Beginn der Asylsozialberatung durch die Caritas.

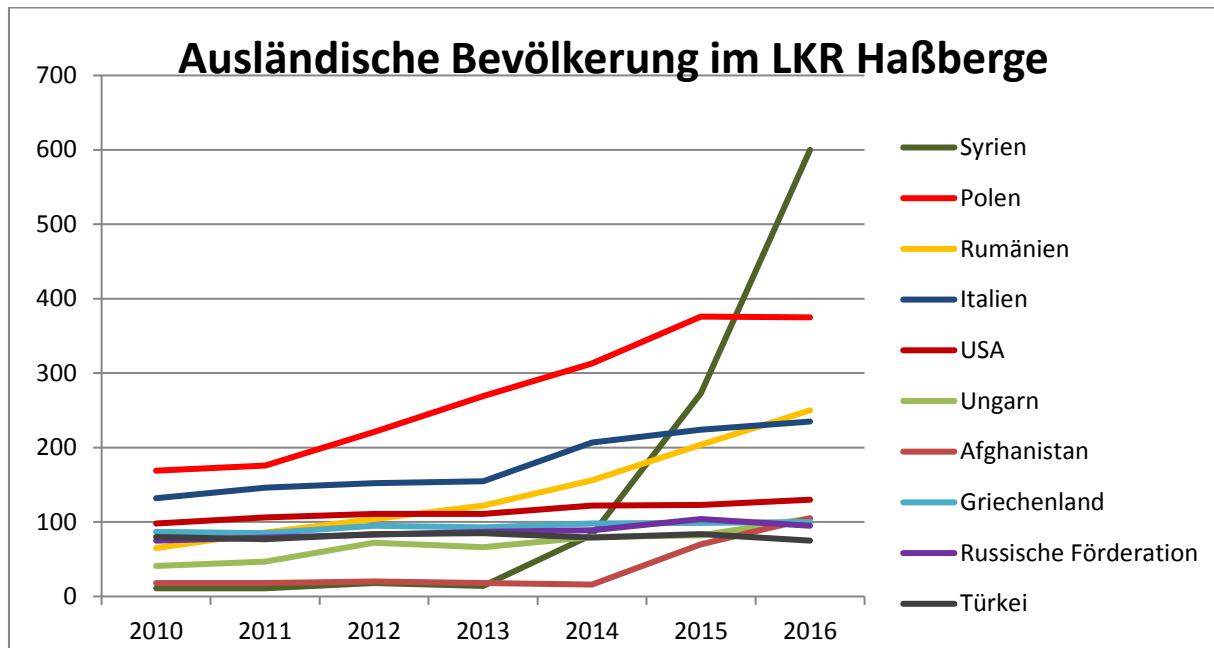


Abbildung 2: Ausländische Bevölkerung Landkreis Haßberge (Quelle: Stat. Bundesamt; eigene Darstellung)

Ab den 2000er-Jahren wechselte der Fokus auf eine EU-Binnenmigration. So gibt es seit längerem eine größere polnische und italienische Gemeinde, in den letzten Jahren sind stärkere Zuzüge aus Osteuropa, insbesondere Rumänien, Ungarn zu verzeichnen. Dennoch – ein für weite Teile des Landkreises wahrnehmbares und insbesondere auch für das Landratsamt relevantes Handlungsfeld wurde Migration/Integration erst nach 2011 mit der Flüchtlingszuwanderung. Hier stellen Geflüchtete aus Syrien und – mit einigem Abstand – Afghanistan klar die größten Gruppen.

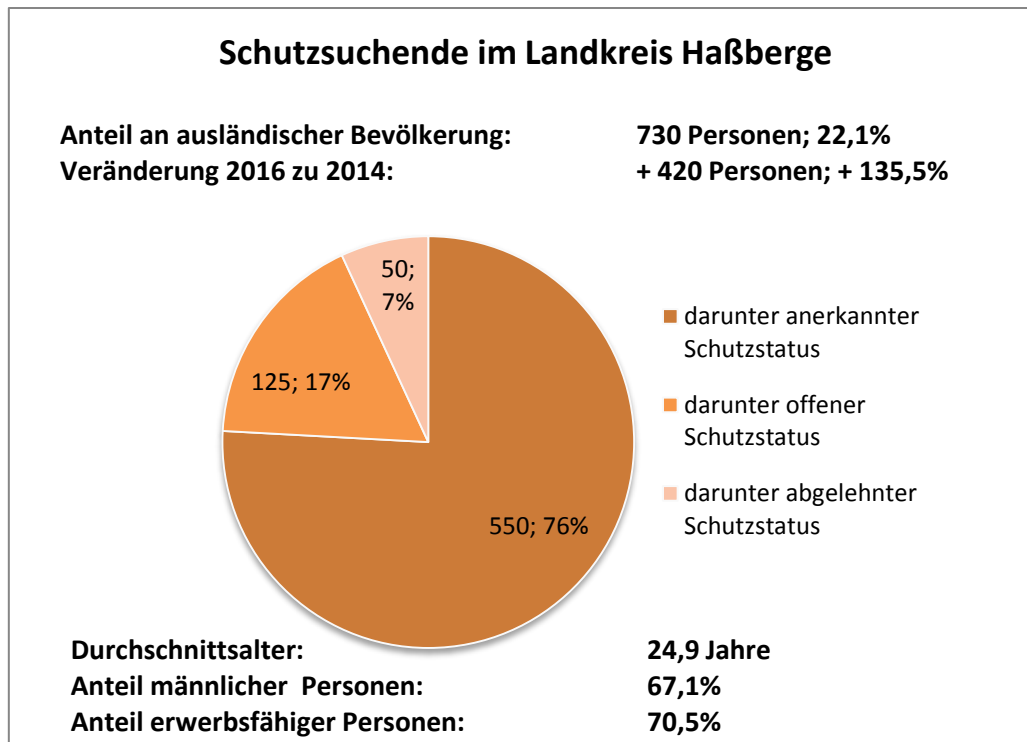


Abbildung 3: Schutzsuchende Landkreis Haßberge (Quelle: Stat. Bundesamt: Migration.Integration.Regionen; eigene Darstellung)

Wie Abbildung 3 zeigt, gehört Haßberge zu den bayerischen Landkreisen mit den höchsten Quoten von Schutzsuchenden. Zum Jahresende 2016 war fast jede/r vierte ausländische Bewohner/in im Landkreis schutzsuchend, beinahe eine Verdreifachung gegenüber 2014. Gut drei Viertel unter ihnen hatten Ende 2016 einen anerkannten, weitere 17% einen noch offenen Schutzstatus – was überdurchschnittlich hohe Anteile sind.

Wohnungen finden länger ansässige Migrant*innen vorrangig entlang des Mains (z.B. Zeil, Knetzgau, Haßfurt), aufgrund der Verkehrsanbindung und der Lage zwischen den Zentren Bamberg und Schweinfurt/Würzburg. Ebern ist ein weiterer Ansiedlungsschwerpunkt, der aber besser an Bamberg angebunden ist. Die jüngst zugewanderten Migrant/innen werden nach Möglichkeit dezentral in angemieteten Wohnungen untergebracht, wobei erst der persönliche Bedarf ermittelt (Familien mit Kindern nahe Kindergarten/Schule etc.) und dann eine sinnvolle Verteilung anhand des verfügbaren Wohnraums verfolgt wurde, wodurch auch Gemeinden ohne Zuzüge existieren. Der Gedanke hinter dieser Strategie ist, dass die dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen gute Kontakte zur Nachbarschaft fördert, die Integrationsbereitschaft der ansässigen Bevölkerung aktiviert und wiederum Migrant*innen auch an Orten bleiben lässt, die von der Anbindung her weniger günstig erscheinen. Dennoch bleibt die Nähe zur Mainachse mit guter Zuganbindung der bevorzugte Ansiedlungsschwerpunkt.

3.2 Stellenwert Integration im Landkreis

Integration wird von den politisch verantwortlichen Stellen als Daueraufgabe gesehen. Aufgrund der (nicht durchweg positiven) Vorerfahrungen bei vorangegangenen Integrationsaufgaben versuchte man, so schildern es viele Gesprächspartner, im Landkreis gut vorbereitet auf den Flüchtlingszuzug zu

sein. Schon bevor 2014 die ersten größeren Gruppen Geflüchteter in den Landkreis kamen, wurde erkannt, dass ein Bedarf an Zuwanderung besteht, um den negativen Entwicklungen des demographischen Wandels entgegenzuwirken. Mit dem Einsetzen größerer Fluchtbewegungen und dem absehbaren Zuzug von Migrant*innen nach Deutschland, bemühte man sich mit einem hohen Behördenaufwand, in den große Teile der Verwaltung stabsmäßig mit eingebunden waren, die Zuwanderung in den Landkreis aktiv und bedarfsgerecht zu steuern. Als die Einwanderung stärker zunahm, war dies im vollen Umfang nicht mehr möglich, bleibt aber Zielstellung der Integrationspolitik. Einen sehr starken Beitrag dazu leisten auch die zivilgesellschaftlichen Akteure.

Außerdem erschloss sich aus den Gesprächen eine übergreifende Wahrnehmung auf Integration. Die wirtschaftliche und demographische Situation ist Teil der Integrationsplanung, bei einigen Gesprächspartnern auch der generelle soziale Zusammenhalt im Landkreis. Integration soll aktiv genutzt werden, um Fehlentwicklungen (z.B. Überalterung, Wegzug, Fachkräftemangel) entgegenzuwirken; die aktuelle Herausforderung wird daher auch als Chance gesehen. Wie der Wanderungssaldo belegt, sorgen seit mehreren Jahren lediglich die Zuzüge der ausländischen Bevölkerung für eine ausgeglichene Bilanz. Allerdings wird durchaus die Frage aufgeworfen, ob dies die richtige Strategie ist, da viele Geflüchtete am Arbeitsmarkt kaum verwertbare Qualifikationen mitbrachten und speziell die gut qualifizierten nur schwer längerfristig im Landkreis zu binden seien.

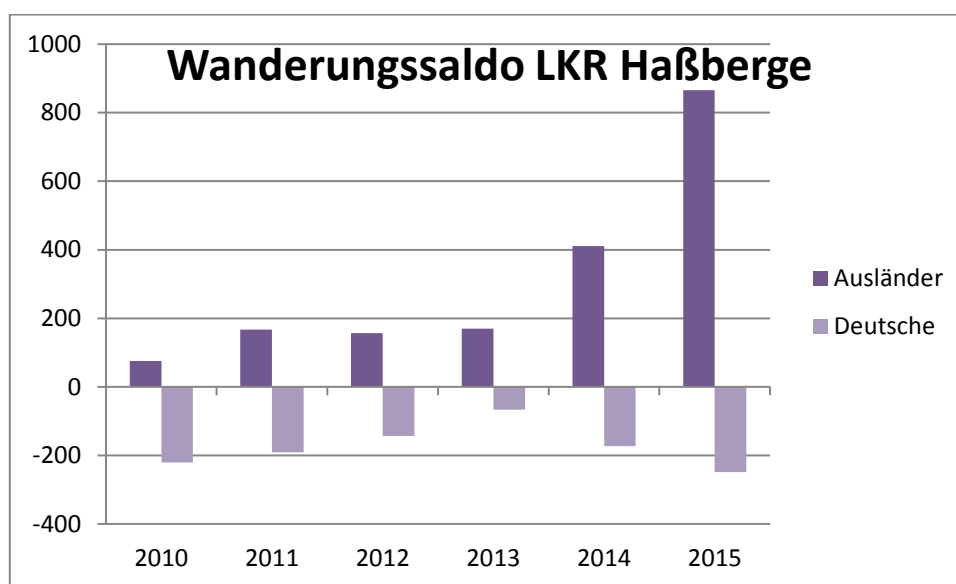


Abbildung 4: Wanderungssaldo Landkreis Haßberge (Quelle: Bayer. Landesamt für Statistik; eigene Darstellung)

Gefragt nach zentralen Herausforderungen bzw. Hindernissen für die Integration führen die Interviewpartner vor allem zwei zentrale Punkte an: **Wohnraum und Mobilität**.

Trotz beträchtlichen Leerstandes und Fortzügen liegen viele Wohnungen besonders in weiterer Entfernung zur Mainachse, die nur schlecht in ihrer Wohnstruktur teilbar und von ihrem baulichen Zustand teilweise nicht nutzbar sind. Aus einer theoretisch großen Vielfalt von Wohnraum existiert daher praktisch nur ein geringes Angebot. Die Fehlbelegerquote unter den Geflüchteten ist hoch; viele wohnen noch in Gemeinschaftsunterkünften, obwohl Mietverträge auslaufen. Der Landkreis versucht dem mit verschiedenen Maßnahmen entgegenzuwirken, u.a. mit Hilfe bei der Wohnraumvermittlung und bei Umzügen durch die Integrationslotsin oder das Landratsamt. Außerdem hat die Caritas gemeinsam mit dem Landratsamt den „Mietführerschein“ nach dem „Neusäßler Konzept“ ins Leben gerufen, eine

Art zertifizierte Schulung für Geflüchtete auf dem Mietermarkt, in der u.a. Verhaltenskodizes oder der Umgang mit wichtigen Dokumenten vermittelt wird. Die Strategie der dezentralen Unterbringung, so förderlich sie für soziale Integrationsbedingungen auch sein mag, kollidiert auch teilweise mit dem Interesse vieler Migrant*innen nach guter Verkehrsanbindung.

Im Ergebnis zeigt sich aber, dass die Geflüchteten, die über die Wohnortzuweisung zwangsweise in den jeweiligen Gemeinden untergekommen sind, dort nun ihren festen Lebensmittelpunkt sehen und längerfristig bleiben möchten. Dies ist umso erstaunlicher, da ebendiese Gemeinden aufgrund der großen Entfernung von den wirtschaftlichen und kulturellen Zentren des Landkreises und der schlechten Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr von Abwanderung geprägt waren. So blieben geflüchtete Familien, die eigentlich in Bamberg oder Schweinfurt leben wollten, alleine aufgrund der guten Aufnahme in die Gesellschaft im Ort wohnen, auch wenn sie bereits die Möglichkeit zur Freizügigkeit hatten. Es kehrten sogar Personen in den Landkreis zurück, die bereits zu Verwandten in anderen Bundesländern umgesiedelt waren.

Mobilität ist in dem flächenmäßig nicht gerade kleinen Landkreis ein generelles Problem. Orte des häufigen Bedarfs (z.B. Supermärkte, medizinische Versorgung, Jobcenter) sind in den größeren Orten des Landkreises angesiedelt, weitere Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Angebote oder für Migrant*innen Anschluss an ethnische Communities gibt es oft nur in Bamberg oder Schweinfurt (vgl. hierzu Kordel/Weidinger 2017). Der öffentliche Nahverkehr wird als unzureichend beschrieben, obwohl der Landkreis Haßberge seit 01.01.2018 Mitglied im Verkehrsverbund Großraum Nürnberg ist. Ein durch die Sparkasse geförderter „Bürgerbus“ deckt nicht den gesamten Landkreis ab. Geflüchtete brauchen meist die Unterstützung durch ehrenamtliche Fahrdienste oder Fahrradverleih. Mittelfristig soll ein Mobilitätskonzept mit einem Nahverkehrsprogramm entwickelt werden, um hier Abhilfe zu schaffen.

Als weitere Probleme wurden das nicht für alle Bedarfe ausreichende Bildungsangebot (speziell: Sprachkurse) sowie Schwierigkeiten mit der Arbeitsmarktintegration durch ausbleibende Genehmigungen durch übergeordnete Behörden (ZAB Unterfranken) genannt. Ein noch nicht flächendeckend virulentes, aber sich abzeichnendes Problem ist auf der einen Seite, dass zur mangelnden Traumabewältigung bei Geflüchteten zunehmend Alltagsprobleme wie die Suche nach Wohnung und Arbeit kommen, dadurch Frust entsteht, der teilweise auch ehrenamtliche Helfer betrifft, deren Engagement zurückgeht. Auf der anderen Seite entsteht auch Missgunst bei Teilen der länger ansässigen migrantischen Bevölkerung, die nach ihrer Wahrnehmung nicht so umfassende Integrationsleistungen erhielten. Dies birgt durchaus das Risiko, sich zu einem sozialen Konflikt zu verschärfen.

Gefragt nach Erfolgsbeispielen für die Integration im Landkreis wurden besonders häufig genannt:

- Hohes ehrenamtliches Engagement, persönliche „Umsorgung“, offene Vereine und Treffpunkte
- Politische Unterstützung, Klima des „Alle ziehen mit“, zugängliches Landratsamt und Gemeinden, Zusammenarbeit der Behörden. Es wird betont, dass gerade der pragmatische Zugang („kein Konzept auf Hochglanzpapier“) von Vorteil war, obwohl am jetzigen Punkt auch von mancher Seite anstehende konzeptuelle Schritte angemahnt werden.
- Gute Qualifizierungen, Sprachkurse, Schulen, Berufsschulen
- Prinzipiell gegebener Arbeitsmarktzugang, Interesse der Firmen, Übergänge durch Berufsintegrationsklassen, Praktika, angebotene Arbeitsplätze
- Dörfliche Struktur, Nahraum-Ansatz („eine Familie pro Dorf“ ist gut integrierbar)
- Hoher Bleibewille der Migrant*innen, teils Rückkehrer aus benachbarten Regionen

- Frühe Partizipation von Migrant*innen und Geflüchteten, z.B. als Helfer, Dolmetscher (vereinzelt genannt).
Ein Spezifikum im Landkreis, der auch schon landesweit Aufsehen erregte, ist die Einrichtung von Kirchenasyl in der evangelischen Kirche in Haßfurt. Seit März 2015 wurden hier 11 Personen beherbergt, die als von Abschiebung bedrohte Härtefälle angesehen werden.

3.3 Wichtigste Akteure der Integration und Vernetzung im Landkreis

Ein zentrales Element der Mapping-Studie ist die Analyse der wichtigsten Vernetzungsstrukturen. Hierzu wurden alle Gesprächspartner nach ihren wichtigsten Kontakten gefragt und zusätzlich danach, als wie funktional sie die jeweilige Beziehung erachten. Für die Auflistung der wichtigsten Akteure wurden nur positive Beziehungen gezählt, als negativ bzw. problematisch eingeschätzte sogar abgezogen. Die folgende Reihung gibt das Ergebnis dieser Gewichtung wieder:

1. Landratsamt, hier insbesondere Sozialamt
2. Caritas (insbes. Ehrenamtskoordination)
3. lokale Gemeinden und Helferkreise
4. BRK (Migrationsberatung, Mehrgenerationenhaus)
5. Integrationslotsin
6. Kirche (wenn auch mit Unterschieden, nicht immer so aktiv wahrgenommen)

Als weitere sehr wichtige Figur wurde der Bildungskordinator genannt, der aber im Dezember 2017 seine Tätigkeit im Landkreis einstellte.

Kritikpunkte wurden insbesondere zu den übergeordneten politischen Strukturen geäußert, insbesondere zur Zentralen Ausländerbehörde in Unterfranken, deren Rechtsauslegung speziell im Kontext von Arbeitserlaubnissen oft Integrationsprozesse behindere. Das Jobcenter wurde von manchen Gesprächspartnern als nicht immer unterstützend wahrgenommen, was die Umgangsweise mit Migrant*innen anbelangt. Auch werden manche Kirchengemeinden als zu inaktiv wahrgenommen. Interessant war die Feststellung, dass eine gewisse Polarisierung bei der Einschätzung der Rolle des BRK und seiner Angebote (z.B. Mehrgenerationenhaus) wahrnehmbar ist – und auch wechselseitig in den Einschätzungen anderer kommunaler Angebote (z.B. Familienzentrum, Integrationslotsin) durch das BRK. Scheinbar haben sich hier getrennte Strukturen entwickelt: während die durch das Landratsamt koordinierten Angebote einen Fokus auf Geflüchtete legten, bedienen die Angebote des BRK (allesamt deutschsprachig) eine Inklusion aller benachteiligten Bevölkerungsschichten und auch schwerpunktmäßig die länger ansässige Migrationsbevölkerung, wo sich eine gewisse Skepsis aufgebaut hat. Im Sinne einer ganzheitlichen Integrationspolitik wird darauf zu achten sein, die hier entstandenen Trennlinien zuzuschütten und nicht zu Gräben anwachsen zu lassen.

Das im Rahmen der Mapping-Studie erforschte Netzwerk ist in folgender Grafik visualisiert.

Integrationsnetzwerk Haßberge

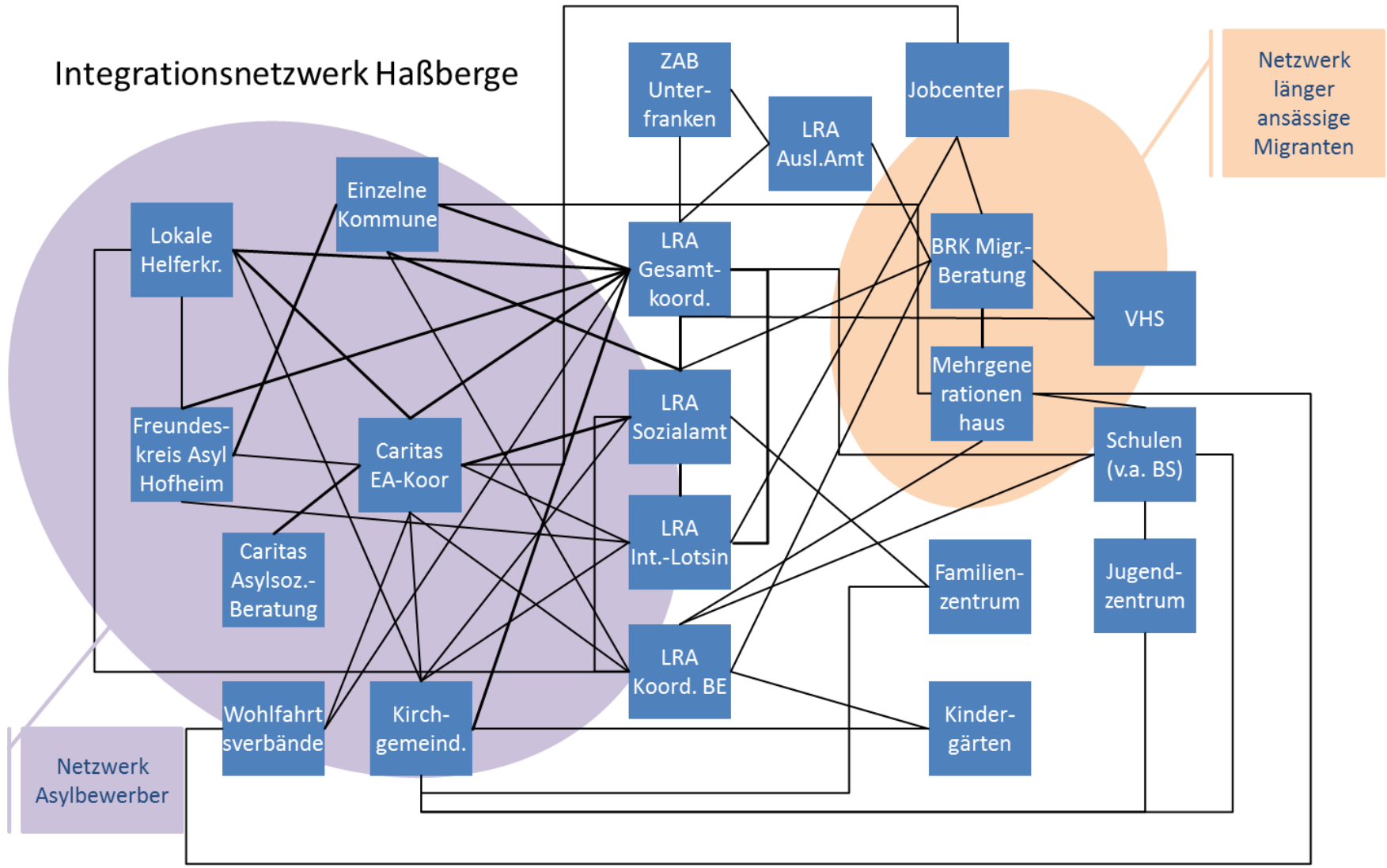


Abbildung 5: Integrationsnetzwerk Landkreis Haßberge (eigene Darstellung)

Die politische Struktur des Integrationsnetzwerkes wird insgesamt als partizipativ und vielschichtig wahrgenommen („Prinzip offenes Netzwerk“). **Politik und Verwaltung** stehen dem Thema aufgeschlossen und unterstützend gegenüber, der Landrat überlässt den Verantwortlichen viel „Beinfreiheit“. Aufgehängt ist die Integrationspolitik im Landratsamt vornehmlich beim Leiter des Sozialamtes, der jedoch seinerseits den Koordinatoren und Wohlfahrtsverbänden viel Spielraum lässt. Bedarf, eine/n übergeordneten Integrationsbeauftragte/n einzustellen, wird nicht gesehen. Eher wird die gute Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern und den lokalen Gemeinden betont, die ihrerseits wiederum die politische Verantwortung für den Prozess vor Ort tragen. Gleichzeitig leisten die Verwaltungsmitarbeiter – vor allem in der Phase der Akuthilfe – viel Arbeit direkt vor Ort, u.a. mit Bedarfsanalysen, Wohnraumsuche oder Beratung Geflüchteter. Beispielsweise wurden einmal im Monat Busfahrten für Migrant*innen aus allen Unterkünften ins Landratsamt organisiert, wo Mitarbeiter zur Klärung von Fragen bereit standen. Auch die Ansiedlung des Familienzentrums direkt im Landratsamt entspricht den offenen Strukturen, die Ansprechbarkeit signalisieren sollen.

Der Leiter des Sozialamtes nannte in diesem Kontext selbst die Anwendung von **Kooperativen Methoden**, die 2001 eingeführt wurden, als handlungsleitend: eine flexible, offene Arbeitsweise, der Austausch mit Kolleg/innen, kurze Wege, das Schaffen von Netzwerken im Kollegenkreis. Als weiterer Erfolgsfaktor wird die **gründliche Personalpolitik** in den Führungsebenen des Landratsamtes angesehen. Eben da Integrationspolitik stark von Persönlichkeiten und Einzelpersonen abhängt, wird genau überlegt, welche Posten geschaffen werden und wer in diesem Bereich eingestellt wird. Diese Personen mussten nicht unbedingt direkt bei Landratsamt angesiedelt sein oder neu angestellt werden. Ziel war auch keine volle Kontrolle und zentrale Steuerung von Oben, man wollte teilweise etablierten Akteuren ihre Freiräume lassen. So wurde der Caritas wegen langjähriger Erfahrung in der Asylsozialberatung und guter persönlicher Kontakte die Ehrenamtskoordination für den Bereich Asyl übertragen. Der Bildungskordinator wurde als Arabischsprecher und Islamwissenschaftler damit betraut, Netzwerkstrukturen zu schaffen. Die durch das Bayer. Sozialministerium geförderte Stelle der Integrationslotsin wurde mit einer schon lange im Landkreis lebenden Syrerin besetzt, die mehrere Sprachen spricht und insbesondere kulturell-vermittelnde Tätigkeiten wahrnimmt (Dolmetschen, Begleitung Geflüchteter, Wohnausstattung, Traumaberatung, Schuldenberatung, Vermittlung von Wohnraum, Arbeit, Kindergartenplätzen). Kritisch wurde dazu aber angemerkt, dass das Beratungsangebot fast ausschließlich von syrischen oder arabischsprachigen Geflüchteten wahrgenommen wird und andere Gruppen ein wenig zu kurz kommen.

Jede dieser drei Personen verfügt über eigene Aufgabenbereiche, die teilweise überlappten – zusammen sollten sie das Thema Integration gestalten und voranbringen. Von besonderer Bedeutung waren die Koordinatoren dann auch in der Anfangsphase des starken Zuzugs, als den Gemeinden die neuen Geflüchteten zugewiesen wurden. Hier konnten sie über Bürgerinformationsabende in den Gemeinden gemeinsam mit dem jeweiligen Helferkreis, dem Bürgermeister und den Geflüchteten dringende Fragen der Bürger klären und sie in die Entscheidungen und Entwicklungen vor Ort mit einbeziehen.

Durch die Netzwerkkoordination werden auch **zivilgesellschaftliche Ressourcen** in einem relevanten Ausmaß erschlossen. Das Netzwerk der Ehrenamtlichen ist mit über 22 Helferkreisen in den Gemeinden und etwa 350 Personen flächendeckend. Viele Gesprächspartner betonen dieses starke Engagement als wichtigen Faktor. Ansatzweise werden auch Finanzmittel von Organisationen der Zivilgesellschaft, z. B. dem Lions Club zur Durchführung von Sprachkursen, eingeworben. Offene Betriebe liefern erste Erfolgsgeschichten zur Vermittlung in Ausbildung und Arbeit. In der Akuthilfephase vermittelte

auch das Landratsamt sog. „Alltagsbetreuer“ als Dolmetscher und Begleiter, die teils auch interkulturelle Fortbildungen und Informationsveranstaltungen anbieten. Insgesamt scheint es jedoch noch Nachbesserungsbedarf bei dem Punkt Weiterbildung der Ehrenamtlichen, z.B. im Feld Traumabewältigung zu geben.

Die Frage, inwieweit **nachhaltige Förderstrukturen** aufgebaut wurden, wird im Landkreis ambivalent beantwortet. Positiv ist sicher zu vermerken, dass über Fördermittel die Stellen des Bildungskordinators, der Integrationslotsin und des Ehrenamts-Koordinators Asyl erst geschaffen wurden. Während in der Anfangsphase vieles zentral im Sozialamt zusammenlief, hat sich die Koordination jetzt diffundiert und mehr und mehr auf diese Ebene übertragen – wobei der Bildungskordinator bereits weggefallen ist. Die beiden verbleibenden Stellen sind jedoch nur befristet finanziert und müssten gegenwärtig aus Eigenmitteln verstetigt werden, um die Nachhaltigkeit zu sichern.

Seit drei Jahren gibt es im Landratsamt ein „Integrationsbudget“ im niedrigen fünfstelligen Bereich für überörtliche Maßnahmen, das Landratsamt unterstützt die Gemeinden bei Bedarf mit zusätzlichen Finanzleistungen. Daneben finanziert die Gemeindeallianz Hofheimer Land zusätzlich einen Koordinator, der auch im Bereich Integration arbeitet, über das Landwirtschaftsministerium. Neben den Beteiligungen an Ausschreibungen zur Sprachförderung oder aktuell berufsbezogener Sprachkurse (LAGFA-Mittel) durch das Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement, scheint jedoch das Fundraising oder die Fördermittelbeantragung im Landratsamt nicht sehr ausgeprägt. Die Ehrenamtskoordination informiert per Rundmail über Fördermittel, es findet aber keine systematische Einwerbung oder Antragsstellung statt. Dies erklären die Gesprächspartner damit, dass keine Doppelstrukturen aufgebaut werden sollen, eher Verstetigung und Kontinuität im Vordergrund stünden. Neue Fördergelder und Posten sollen nur beantragt werden, wenn eine entsprechende Lücke erkannt wurde und das Geld auch wirklich dort ankommt, wo es hin soll. Ein Beispiel für eine nachhaltige Querfinanzierung ist das Familienzentrum, das aus dem Ressort Bildung und Jugend finanziert wurde, aber auch als Anlaufstelle für die Integrationsarbeit fungiert.

3.4 Zivilgesellschaft: Charakterisierung der ehrenamtlichen Angebote

Es zeigte sich, dass die frühzeitige und dezentral bedarfsangepasste Unterbringung sowie die Einbeziehung der relevanten Akteure und der Einwohner einen starken positiven Effekt auf die Aufnahme in der Gesellschaft und den Erfolg von weiteren Integrationsmaßnahmen hatte. Den Anwohnern blieb somit genügend Zeit, sich auf die neue Situation einzustellen und mit dem Thema Migration und Integration ausreichend auseinanderzusetzen. Durch den zusätzlichen nahräumlichen Ansatz – eine einzelne ausländische Familie innerhalb der Ortsgemeinschaft – konnten anfängliche Bedenken zerstreut und nachbarschaftliche Begegnungen auf persönlicher Ebene ermöglicht werden, die dann wiederum Grundlage für weiteres Engagement in der Integrationsarbeit darstellte.

So fassten die **Helferkreise** leicht Fuß, die dann im späteren Verlauf mit dem Ansteigen der Flüchtlingszahlen immer zahlreicher entstanden und nun in 22 von 26 Gemeinden bestehen. Durch die zuvor geschaffene positive Grundstimmung in der Gemeinde, das hohe Engagement von ehrenamtlichen Helfern und die Unterstützung durch die Gemeinde konnte darüber vor Ort und am Mann praktische und zielgerichtete Integrationsarbeit gestartet werden. Dies beinhaltete besonders Sprachkurse, Informationsabende, Austauschtreffen, Familiencafés und Kinderbetreuung sowie verschiedene Kurse

und Beratungen, wobei auch darauf geachtet wurde, dass die Angebote nicht nur auf Geflüchtete zugeschnitten sind, sondern generell allen Migrant*innen und interessierten Personen offen stehen.

Hierbei sticht der Freundeskreis Asyl Hofheim besonders heraus, der an vielfacher Stelle bereits für sein Engagement ausgezeichnet wurde. Dieser von Bürgern gegründete Freundeskreis, wird auch in der aktuellen Forschung zur Integration in ländlichen Räumen als Modellbeispiel herangezogen. Ge-gründet aus der „Gemeinde-Allianz Hofheimer Land“, die sich der Entwicklung des Lebensraums im nördlichen Landkreis Haßberge und der Abwanderungsprävention widmet, wurde der Freundeskreis 2014 ins Leben gerufen. Mittlerweile zählt er über 50 Mitglieder und 50 freiwillige Helfer. Seine Arbeit umfasst schwerpunktmäßig die individuelle Unterstützung von bleibewilligen Migrant*innen durch eine dezentrale Wohnraumversorgung, die Vermittlung von Arbeit und soziale Integration in die Dorf-gemeinschaften. Als Erfolgsfaktoren streichen die Projektverantwortlichen insbesondere heraus (Uhlich/Möhring 2016):

- die Einbindung wichtiger Personen der Mitgliedskommunen (z.B. Bürgermeister, Stadtrat, Kirchengemeinden, Behörden, Schulen, Handwerk und Industrie sowie Sport und Kultur)
- die Beteiligung weiter Teile der Bevölkerung durch frühzeitige Kommunikation der Pläne etwa in Bürgerversammlungen
- eine bürokratiearme Abwicklung der Verfahren durch persönliche Verbindungen zu Ämtern, Jobcentern etc.
- die Einbindung der Geflüchteten selbst in die Aktivitäten, z.B. als Vereinsmitglieder, Dolmetscher, freiwillige Helfer oder Organisatoren einer Selbsthilfegruppe.

Mittlerweile sind die Migrant*innen selbst auch schon soweit Bestandteil der Helferkreise, dass sie eigenständig Veranstaltungen planen und organisieren und Angebote schaffen, die sich an das deutsche Publikum richten. Der Helferkreis hat sich somit von einem reinen Hilfsprojekt von Deutschen an Geflüchtete zu einem allgemeinen kulturellen Treffpunkt der Gemeinde entwickelt, dessen Angebot sich an alle Bevölkerungsschichten richtet und somit als Vorbild für eine allgemein abzusehende Entwicklung dient.

Neben diesen festeren Strukturen und Organisationsformen bestehen besonders durch **persönliche Kontakte** enge individuelle Beziehungen und Patenschaften von einzelnen Helfern zu Geflüchteten, aus denen sich teilweise Freundschaften entwickelt haben. Manche Familien oder Einzelpersonen werden dabei umfassend umsorgt und unterstützt, was nicht nur Beratung und Sprachunterricht, sondern auch erheblichen zeitlichen, organisatorischen und finanziellen Aufwand beinhaltet. Dies muss zum Teil kritisch gesehen werden, da hierüber die Hilfsbereitschaft mancher Helfer teilweise gezielt ausgenutzt wird und daneben Geflüchtete je nach Unterstützung eine starke Ungleichbehandlung erfahren, was innerhalb der Gemeinschaft zu Unmut und Differenzen führen kann.

Da auch im **Landratsamt** ein zu starker Fokus auf Integration von Geflüchteten erkannt wurde, möchte man nun die Angebote nicht nur auf alle Migrant*innengruppen, sondern auf alle Personen ausdehnen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden. Ein Integrationszentrum, das dabei alle nötigen Behördenteile unter einem Dach vereinigt und somit die Prozesse beschleunigt und vereinfacht konnte nicht realisiert werden und wird mittlerweile auch nicht mehr als nötig erachtet. Auf den ersten Blick scheint es so, dass sich wenige Strukturen und Maßnahmen direkt an Migrant*innen richten. Vieles entstand erst im Zuge der großen Zuwanderung von Geflüchteten und darüber auch eher mit dem Fokus auf Geflüchtete. Aber ähnlich wie die Helferkreise, die vor diesem Hintergrund entstanden

und sich zuerst auf die Arbeit mit Geflüchteten konzentrierten, wandelt sich nun generell der Fokus auf eine Inklusion aller Gesellschaftsschichten. Man richtet also seine Programme und Maßnahmen nicht konkret auf Geflüchtete oder dann weiter allgemein auf Migrant*innen aus, sondern auf die Gesamtbevölkerung – sowohl Deutsche, als auch nicht-Deutsche. Beispiele dafür lassen sich nicht nur bei privaten Initiativen und Helferkreisen, sondern auch beim bereits erwähnten Mehrgenerationenhaus oder dem neu eingeführten Familienzentrum finden, das direkt im Untergeschoss des Landratsamtes angesiedelt für Familien aller Nationalitäten offen steht. Neben Kinderbetreuung, Beratungsangeboten und verschiedenen Kursangeboten treffen sich hier in offenem Umfeld Männer, Frauen und Familien verschiedenster Nationalitäten zum gemeinsamen Austausch. Auch zeigt man sich offen für die Möglichkeiten und Fähigkeiten, die die Migrant*innen selbst mitbringen. Es engagieren sich zunehmend auch Geflüchtete in den Programmen und nehmen an ihnen teil. Daneben werden aber auch Angebote wie etwa zur Sprachförderung oder Arbeitsmarktintegration dahingehend geöffnet und unterstützt, dass auch Geflüchteten, die zuvor keinen Zugang hatten, eine Teilnahme ermöglicht wird.

Ehrenamtliches Engagement von Migrant*innen

Betrachtet man hingegen das Engagement aufseiten der Migrant*innen so zeigt sich eine insgesamt eher geringe Beteiligung an ehrenamtlicher Arbeit. Man muss aber auch hier zwischen neu angekommenen und schon länger im Landkreis lebenden Migrant*innen differenzieren.

Migrant*innen aus EU-Staaten, die zur Arbeitsaufnahme in den Landkreis kamen, sind generell gut informiert, sprechen die deutsche Sprache, kennen sich relativ gut mit dem System aus und finden sich schnell im Alltag zurecht. Sie bedürfen selbst nicht allzu großer Hilfe, sind aber mit ihrer neuen Arbeitsstelle und Lebenssituation meistens derart zeitlich eingebunden, dass kein Raum für ehrenamtliche Aktivitäten bleibt. Daneben haben sie bereits Freunde oder Verwandte im Landkreis, wodurch kein Bedarf an weiteren Kontakten und engeren Vernetzung zu anderen Migrant*innen besteht. Den Weg in die ehrenamtliche Tätigkeit findet diese Gruppe eher über Sport- oder Kulturvereine, hier aber auch nur in geringem Maß.

Geflüchtete haben sich dagegen besonders in der Anfangsphase als Dolmetscher und in Helferkreisen verdient gemacht und halfen weiteren Neuankömmlingen ihren Weg in Hassberge zu finden und mit der Situation zurecht zu kommen. Mit der Beruhigung der Situation ging dann aber mit dem Bedarf auch die Anzahl der Helfer zurück. Hier deuten sich jedoch auch kulturelle Unterschiede an. So wurde häufig von Afghanen selbst geäußert, dass sie sich außerhalb der eigenen Familie wenig untereinander oder mit deutschen Strukturen vernetzten und sich darüber engagierten. Die syrische Community scheint dagegen schneller Zugang zu deutschen Ehrenamtsstrukturen gefunden zu haben und beginnt nun eigenständig weitere Maßnahmen zu planen und zu organisieren. Diese dehnen sich mittlerweile auch auf das deutsche Publikum aus und werden beispielsweise an der Volkshochschule angeboten. Hier mag es natürlich auch sehr hilfreich sein, dass die Integrationslotsin selbst Syrerin ist und die arabische Sprache spricht. Dies zeigt sich besonders am Familienzentrum, an dem sich syrische Migrant*innen ehrenamtlich engagieren und viele syrische Familien und Frauen an Programmen teilnehmen, für die auch in arabischer Sprache geworben wird.

Länger ansässige Migrant*innen engagieren sich dagegen hauptsächlich bei Projekten des Bayerischen Roten Kreuzes, das schon seit längerer Zeit im Bereich Integration und Migration tätig ist. Dabei zeigt sich das BRK besonders als Anlaufstelle für Aussiedler und Spätaussiedler, die über den Kontakt zur Migrationsberatung ihren Weg ins Ehrenamt des BRK gefunden haben. Das BRK verfolgt dabei den

Ansatz, alle benachteiligten Gesellschaftsschichten mit einzubeziehen und zu unterstützen und ihren Fokus nicht auf einzelne Gruppen wie etwa Geflüchtete zu legen. Dies spiegelt auch ein wenig die Einstellung vieler älterer Migrant*innen wider, die sich zwar generell engagieren, aber kaum für neu Zugewanderte einsetzen wollen.

Das Engagement geht zwar nach nun 3 Jahren seit Beginn der großen Flüchtlingszuwanderung auch in Hassberge ein wenig zurück, jedoch aus unserer Perspektive eher deshalb, weil sich der Fokus der Arbeit auf längerfristige Integrationsmaßnahmen verlagert hat und ein Teil der Migrant*innen selbst aktiv geworden ist. Die große Frustration bei Geflüchteten über fehlende Perspektiven und die schlechte Aufnahme- und Unterbringungssituation, die in anderen Landkreisen zu einem Schwund der Helferstrukturen führte spielte hier weniger eine Rolle – auch weil die jeweiligen Behörden untereinander und koordiniert die Integration der Migrant*innen positiv voranbringen möchten und sich für den Arbeitsmarktzugang und eine gute Unterbringungssituation einsetzen. Die Helferkreisstrukturen bleiben daher soweit bestehen, auch wenn sich die Aufgabenbereiche ein wenig verschoben haben und sich einzelne Helfer aus ihrer Arbeit zurückziehen. Mit dem Wandel der Helferkreise öffnen diese ihre Angebote auf alle Personengruppen und ziehen auch verstärkt Migrant*innen selbst als aktive Teilnehmer und Unterstützer an. Inwieweit die geschaffenen Strukturen nach Auslaufen der Förderphase durch Eigenmittel des Landratsamtes beibehalten werden können wird sich zeigen – zumindest scheint dazu der feste Vorsatz zu bestehen.

3.5 Partizipation von Migrant*innen

Wie bereits zuvor erwähnt hatte der Landkreis Hassberge vor dem Ansteigen der Flüchtlingszahlen einen Ausländeranteil von unter 3%, wobei keine größeren und einheitlicheren Gruppen auszumachen waren. Hierin liegt auch die Ursache, dass im Rahmen der Studie keine Migrant*innenselbstorganisationen – weder kulturell, noch religiös – identifiziert werden konnten. Die einzige größere Migrant*innengruppe waren die Aussiedler, die sich anscheinend auch in der Gruppe „Schwalbe“ organisiert hatten, welche mittlerweile nicht mehr besteht. Jedoch scheint nun in gewisser Weise die Migrationsberatung des BRK und angeschlossene Ehrenamtsmöglichkeiten aus der langjährigen Beratung und gemeinsamen Arbeit heraus als Anlaufstelle und Vernetzungspunkt dieser Migrant*innengruppe zu dienen. Daneben besteht eine kleine rumänische Kirchengemeinde, die jedoch eher als loser Zusammenschluss zu sehen ist, zu dem die Mitglieder aus verschiedensten Motiven – persönliches Kontaktforum, Kulturtreff, Religion – Zugang finden, ohne festere Strukturen oder eine politische Interessensvertretung herausbilden zu wollen. Die ethnische Gruppe, bei der eine Selbstwahrnehmung und -organisation als homogene Community – wohl religiös – am wahrscheinlichsten ist, wären die Syrer, die mit 64% den Großteil der Schutzsuchenden darstellen und damit auch offen in Gesellschaft und Politik wahrgenommen wird. Hier gibt es aber gegensätzliche Ansichten, inwieweit diese Gruppe generell längerfristig im Landkreis bleiben wird und inwieweit dann der Bedarf an beispielsweise eigenen Moscheeräumen und entsprechender Organisation gegeben wäre.

Es besteht damit keine institutionalisierte Form einer Interessensvertretung von Migrant*innen in der Politik und den Belangen des Landkreises, auch wenn die Voraussetzungen zu deren Gründung angesichts der Vielzahl an neu zugewanderten Migrant*innen ohne bestehende Netzwerke sicherlich erschwert sind. Zudem wurde von Seiten des Landratsamtes darauf hingewiesen, dass feste Ansprechpartner von Migrant*innengruppen gewünscht wären, die gesammelt die Wünsche und Vorstellungen der Migrant*innen in die Politik tragen könnten. Bisher geschieht dies zumeist über die Helferkreise

an die jeweiligen Bürgermeister, über die Integrationslotsin und den Sozialamtschef, über die Medien oder direkte Kontakte. Einen guten Überblick besitzt ebenfalls das Rote Kreuz mit seiner jahrzehntelangen Erfahrung im Bereich Integration, in dessen Mehrgenerationenhaus verschiedenste Migrant*innengruppen sowohl ehrenamtlich tätig sind, wie auch selbst Unterstützung erhalten.

3.6 Kommunikation von Integrationsangeboten

Im Zuge der Erstintegration von Geflüchteten ist nicht nur über private Initiativen und die Gründung vieler Helferkreise, sondern auch bei vielen Wohlfahrtsverbänden, Trägern von Integrationsmaßnahmen und sonstigen Institutionen ein großes Angebot an Maßnahmen und Programmen zur Integration von Migrant*innen entstanden. Um ein optimales Angebot für den Hilfeempfänger zu schaffen stellt sich hierbei zuerst die Frage, inwieweit diese Maßnahmen untereinander abgestimmt werden müssen, um sich nicht gegenseitig die Ressourcen abzugraben oder durch Doppelstrukturen gegenseitig zu hemmen. Hierfür wurden über das Landratsamt die erwähnten Stellen der drei Koordinatoren geschaffen, die den gesamten Rahmen der Vernetzung und Koordination von theoretischer Grundlage bis zur konkreten Arbeit am Mann vor Ort abdecken sollten.

Die konkrete Kommunikation des jeweiligen Integrationsangebotes liegt jedoch im Aufgabenbereich des entsprechenden Akteurs. Hier zeigt sich das Problem, dass der Großteil der Geflüchteten aber auch andere Migrant*innen nicht mit den typischen deutschen Ehrenamts- und Informationsstrukturen vertraut sind. Die klassische Werbung für eine Maßnahme geschieht meistens analog über Flyer und Broschüren oder digital auf der eigenen Homepage und richtet sich an ein breites und bereits gut vorinformiertes Publikum. Besonders EU-Migrant*innen, die über die deutsche Sprache verfügen, können sich hier selbstständig zu den jeweiligen Angeboten informieren. Häufig weiß ein/e Geflüchtete/r aber nicht von diesen Wegen oder kann sie aufgrund fehlender Sprachkenntnis nicht lesen. Auch kommuniziert er/sie beinahe ausschließlich über das Smartphone, das heißt Telefon, Facebook und WhatsApp. Es ist auffällig, dass die Nutzung dieser modernen Kommunikationswege beinahe ausschließlich innerhalb der Zielgruppe wahrgenommen wird und noch sehr wenig eingesetzt wird, um Vernetzung außerhalb der Bezugsgruppe zu ermöglichen.

Im Gegensatz dazu steht der einzelne Helfer, der maximal eine kleine Gruppe von Geflüchteten betreut und dies direkt über den persönlichen Kontakt, über Telefon, E-Mail oder Kurznachrichtendienste wie WhatsApp organisiert. Die Vorteile hierbei sind, dass relativ flexibel auf kurzfristige Änderungen reagiert und Personen direkt angesprochen und somit zu bestimmten Maßnahmen motiviert werden können. Nachteile sind, dass man – solange man nicht in einer gemeinsamen Sprache kommunizieren kann – nur Einzelpersonen erreicht. In jedem Fall ist man also auf Multiplikatoren angewiesen, die die Nachricht in der jeweiligen Sprache an den Landsmann weitergeben.

Als sehr hilfreich hat sich hier erwiesen, dass die Integrationslotsin mehrere Sprachen spricht, im Landkreis und im Landratsamt sehr gut vernetzt ist und so die Informationen direkt über whatsapp-Gruppen an ein größeres Publikum streuen kann. Es muss aber auch angemerkt werden, dass sie vermehrt als Anlaufstelle für syrische Migrant*innen dient, weshalb andere Gruppen sich ein wenig ausgeschlossen fühlen.

Insgesamt fehlt es also an einer zentralen, klaren und übersichtlichen Gesamtdarstellung aller Integrationsmaßnahmen und Beratungsangebote im Landkreis – sowohl von privater, als auch öffentlicher

Seite. Dabei muss einerseits auf typische Kommunikationswege von Geflüchteten, wie auch von gut vernetzten und informierten Deutschen eingegangen werden, die ehrenamtlich tätig sind. Viele dieser Bedarfe könnten durch den Aufbau eines Integrationsbeirats gedeckt werden, der mit seiner Brückenfunktion zwischen migrantischen Communities und Politik auch bestehende Kommunikationswege öffnen und weiter ausbauen würde.

Ganz abgesehen von diesen organisatorischen Punkten können Integrationsmaßnahmen nur erfolgreich sein und wirken, wenn sie physisch auch erreicht werden. Hier war von allen Seiten ein großer Kritikpunkt der Öffentliche Personennahverkehr, der vielerorts einer erfolgreichen Integration im Wege steht. Bei einer öffentlichen Busverbindung an Schulzeiten von nur zwei Fahrten pro Tag, kann kein regelmäßiger Besuch eines Integrationskurses stattfinden. Dies und ebenfalls die teuren Ticketpreise stellen jedoch ein gesamtgesellschaftliches Problem dar, dessen sich das Landratsamt aber bewusst zu sein scheint.

3.7 Wahrnehmung und Akzeptanz

Die Wahrnehmung des Themas Integration scheint im Landkreis Haßberge mehrheitlich eine positive, aktive zu sein. Die Basis liegt wohl darin, dass direkt zu Beginn der Flüchtlingsankunft das Landratsamt eine klare Kommunikationsstrategie vorlegte. Es wurden Bürgerinformationsabende mit Vertretern des Landratsamtes, den jeweiligen Bürgermeistern, Helferkreisen und der Presse veranstaltet, in denen Integration als wichtige Zukunftsaufgabe thematisiert wurde und dringende Fragen geklärt werden konnten. Seither, so schildern es mehrere Befragte, unterstütze die Bevölkerung in großer Mehrheit diesen Kurs. Diese Vorgehensweise und die kontinuierliche Vermittlung, Information und Koordination förderte die Akzeptanz der Einwohner und führte dazu, dass es zu keinerlei negativen Reaktionen gegen den Zuzug kam. Bezeichnend hierfür ist auch der Umstand, dass keinerlei Security für die Bewachung der Unterkünfte im Landkreis benötigt wurde.

Auch in den Gemeinden fanden Begegnungsabende mit der Caritas, den jeweiligen Bürgermeistern, Ehrenamtlichen und Asylbewerbern statt, bei denen erste konkrete Fragen besprochen und geklärt wurden. Ein weiteres Instrument, das zu einem positiven Klima des Miteinanders beiträgt und das hauptsächlich ehrenamtlich koordiniert wird, sind sog. „Nachbarschaftsfeste“ oder Sommerfeste. Über diese Begegnungen verfolgt man das Ziel, die persönliche Basis für Verständigung zu schaffen, Vorbehalte in der Nachbarschaft abzubauen und auch Migrant*innen zu aktivieren und zu Mitorganisatoren zu machen. In Zusammenarbeit des Ehrenamtskoordinators und der Integrationslotsin werden auch laufende Bürgerinformationsgespräche angeboten, die besonders diejenigen adressieren, die Integration mit Vorbehalten und Kritik gegenüberstehen, allerdings genau von dieser Gruppe noch nicht angenommen werden (es kommen nur die ohnehin Offenen und ehrenamtlich Engagierten).

Insgesamt führt dies dazu, dass wenige Konflikte wahrgenommen werden und sich die Bevölkerung Migrant*innen gegenüber mehrheitlich unterstützend, offen oder neutral verhält. Zwar gab es bei der Bundestagswahl in einzelnen Gemeinden (z.B. Knetzgau) AfD-Stimmenanteile von 14-16%, doch hat dies nach Einschätzung des Landratsamtes andere Gründe als die Integrationspolitik. Insgesamt herrsche ein integrationsfreundliches Klima, zu dem auch die positive Darstellung in der Presse beiträgt. Auch verringert die gute wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre mit deutlich sinkender Arbeitslosigkeit das Potenzial zu (Sozial-)Neid.

Am deutlichsten artikulieren sich Konfliktherde zwischen länger ansässigen Migrant*innengruppen (z.B. russischstämmigen Aussiedlern) und neu zugewanderten Migrant*innen. Hier sind sehr wohl Formen von Sozialneid festzustellen, die daraus resultieren, dass diese Gruppen sich nicht wahrgenommen oder integrationspolitisch rückblickend benachteiligt sehen. Man fühle sich wie „Menschen zweiter Klasse“ oder „Warum wird jetzt so viel für Flüchtlinge getan, was früher für uns nicht ging?“ – sind Aussagen, die uns in manchen Gesprächen recht deutlich widergegeben wurden. Besonders in der Aussiedlergemeinschaft scheint ein starker Unmut angewachsen, der oft nur hinter vorgehaltener Hand geäußert wird oder bei der Migrationsberatung des BRK aufläuft. Auf den schwelenden Konflikt in den Unterstützungsstrukturen wurde bereits hingewiesen. Der Eindruck entsteht, dass diese Organisation, Anlaufstelle für osteuropäische Migrant*innen und seit 20 Jahren in der Integrationsarbeit aktiv, sich durch die neu aufgebauten Strukturen außen vorgelassen fühlt. Hier wird dann teilweise auch die „Selbstdarstellung“ ehrenamtlicher Helfer mit „ihrem Migrant*innen“ in sozialen Netzwerken kritisiert. Viele ehrenamtliche Vereine, z.B. der Freundeskreis Asyl Hofheim, achten daher genau darauf, Bevorteilung zu vermeiden und ernsthaft umzusetzen, dass Angebote allen Migrant*innengruppen offenstehen. Auch bei dieser Aufgabe könnte ein Integrationsbeirat eine wichtige, vermittelnde Funktion erfüllen.

Außerdem komme es häufiger auch zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten der Asylbewerber zu Neid und Unmut aufgrund des Schutzstatus (z.B. Syrer fühlen sich „als Migrant*innen erster Klasse“ und vermittelten dieses Gefühl deutlich). Vereinzelt werden auch interkulturelle Konflikte berichtet, die auf das Verhalten der Migrant*innen zurückgehen, z.B. auf die mangelnde Akzeptanz von Geschlechtergleichheit, ausbleibende Integrationsbereitschaft oder interreligiöse Konflikte, und die zu Enttäuschung bei ehrenamtlichen Helfer*innen, z.B. Sprachlehrern, und einem rückläufigen Engagement führten.

Insgesamt sollte der aufkommende integrationspolitische Unmut als ein deutliches Warnsignal betrachtet werden, dass der soziale Friede im Landkreis zur Disposition steht. Das Gespräch mit dem Leiter des Sozialamts ergab jedoch, dass dieses Thema als nächster großer Schritt bereits auf der Agenda steht.

4 Handlungsempfehlungen

Übergreifend lassen sich folgende Handlungsempfehlungen für die Integrationsarbeit in den Landkreisen ableiten:

Einflussreichstes Unterscheidungskriterium – darin bestätigt die Studie viele Befunde zur Integration in Kommunen – ist die Frage, ob **Integration von der politischen Führungsebene zur „Chefsache“** deklariert wird und als **Querschnittsaufgabe** auf hoher Verwaltungsebene auch als solche zu erkennen ist. Integration kann nur durch den Einbezug verschiedener betroffener Ressorts (v.a. Sicherheit, Arbeit, Soziales, Bildung) effizient gesteuert werden. Wichtig dafür sind ferner die Koordination mit dezentralen Ebenen (Gemeinden, Bürgermeister*innen) und eine klare Kommunikation dieser Zielstellung im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Delegation von Aufgaben und die Einbindung der Zivilgesellschaft ist in ländlichen Regionen vermutlich noch unabdingbarer als in städtischen Gebieten, doch darf dies nicht mit einer Verlagerung von Koordinationsarbeit verwechselt werden. Eine Erkenntnis ist auch, dass die Parteizugehörigkeit der Landräte – in der Auswahl der Landkreise noch als mögliches Unterscheidungskriterium diskutiert – sich in der Studie als nicht ausschlaggebend erwies.

Bezüglich der politischen Steuerung erweist sich eine **Kombination von zentraler Verantwortung** (durch das Landratsamt) mit klaren Zuständigkeiten **und offenen, durch Vertrauen und Kooperation gesteuerte Netzwerke** als erfolgversprechend. So kann es gelingen, die Eigenverantwortung aller am Integrationsprozess beteiligter Akteure zu aktivieren und gleichzeitig einen Überblick zu bewahren, der zu nachhaltigen Entscheidungen in grundlegenden Fragen, z.B. bei der Beantragung von Fördermitteln, befähigt. Gleichzeitig erhält man durch solch ein Vorgehen die wichtige Brücke von der Verwaltung in die Zivilgesellschaft aufrecht.

Interessanterweise erwiesen sich im Rahmen dieser Studie auch Strategien als zielführend, die nicht in einem grundlegenden Integrationskonzept hinterlegt waren, sondern auf eine Kombination auf intrinsischem Wissen der handelnden Personen und anpackenden Pragmatismus setzten. Auf längere Sicht ist es aber vermutlich unumgänglich, Integrationsmaßnahmen aus solide erarbeiteten Bedarfsanalysen abzuleiten. So empfahlen viele interviewte Akteure den Aufbau eines **systematischen Qualitätsmanagements**, der allerdings unter Beteiligung aller relevanten Zielgruppen stattfinden sollte. Unabdingbare Bestandteile dieses Prozesses sind aus Sicht einer Migrant*innenselbstorganisation die inklusive Erarbeitung eines Integrationskonzeptes und deren Sichtbarmachung und Überprüfbarkeit durch Integrationsberichte und ein systematisches Monitoring (AGABY 2015).

Das augenscheinlichste Aktionsfeld hierfür ist es, **soziale Integration ganzheitlich zu denken** – also ein Angebot zu schaffen, von dem benachteiligte Gruppen jedweder Art im Landkreis profitieren und das verschiedene Handlungsfelder und Zielgruppen (wie etwa Verkehrsanbindung, Bildungsbenachteiligung, Alterung, Migration) gemeinsam abdeckt. Damit sollte auch das Ziel verbunden sein, verschiedene Gruppen und Generationen von Migrant*innen an ein und demselben Prozess zu beteiligen, um schwelende Interessenkonflikte oder Sozialneid einzudämmen. Der für den Landkreis Haßberge in Kapitel 4 skizzierte Ansatz eines umfassenden sozialpolitischen Konzeptes mit dem Aufbau einer zentralen Anlaufstelle für Integrationsfragen „unter einem Dach“ ist in dieser Hinsicht vorbildlich. Diese Zusammenführung der unterschiedlichen „Arenen“ migrationspolitischer Debatten (Sicherheit, Wirtschaft/Wohlfahrt und Identität) lässt im Übrigen auch nach dem Stand der aktuellen Forschung mehr Kohärenz in der kommunalen Flüchtlingspolitik erwarten (Schammann 2017: 76).

Selbst bei einem umfangreichen und auf die Zielgruppen abgestimmten Angebot von Integrationsmaßnahmen, muss jedoch auf deren Sichtbarmachung und Zugang besonders geachtet werden. Dies beinhaltet sowohl die gute Erreichbarkeit von entsprechenden Örtlichkeiten durch Anschluss an den ÖPNV, wie auch die **Kommunikation und Nutzung moderner Medien**. Möglichkeiten wären hierbei neben der direkten Ansprache über Facebook und WhatsApp-Gruppen, der Aufbau einer Website, die über alle Angebote informiert und alle Teilaspekte der Integration miteinander vereint sowie der Koordination, Vernetzung und Kommunikation dient. Nicht nur bekannte Akteure in der Integrationsarbeit, wie die Wohlfahrtsverbände ließen sich hier einbinden, sondern auch andere Gruppen, wie Gewerkschaften und Parteien, deren Präsenz wir in der Studie mehr erwartet hätten. Darüber hinaus könnte der Aufbau einer Freiwilligenagentur zur entsprechenden Vermittlung von Angeboten und Bedarf an Maßnahmen und zum Managen eines Pools an ehrenamtlichen Helfern oder Dolmetschern angedacht und auf allgemeine soziale Unterstützung jenseits von Flüchtlingshilfe ausgedehnt werden. Dies könnte wiederum gespiegelt in Form einer App auch in verschiedenen Sprachen auf einzelne Gruppen zugeschnitten werden. Hierbei existieren bereits verschiedene Varianten von reinen Hilfs-Koordinations-Apps zu örtlich individualisierbaren Informations-Apps wie „Integreat“ und allgemeinen Informations-Apps wie „Ankommen“ oder „Welcome App Germany“, die nicht nur für oder von Geflüchteten genutzt werden können, sondern von allen neu zugezogenen Personengruppen.

Ein Problemfeld bleibt die unzureichende Partizipation von Migrantinnen und Migrant*innen bzw. legitimer Repräsentationsorgane bei Entscheidungsprozessen zur Integration. Auch in den beiden betrachteten Landkreisen waren Migrant*innen kaum an entscheidenden Schnittstellen des Integrationsnetzwerks präsent und der Einbezug von Migrant*innenselbstorganisationen gestaltete sich als schwierig. Diese Organisationsschwäche und das „Überwiegen symbolischer Politik, die Bedeutung einzelner Personen und die Beliebigkeit der Einbeziehung durch selektive Einladung sind“, laut Roth, „einige der Folgen verweigerter politischer Bürgerrechte“ – eine Situation, die sich durch die verständliche Dominanz von Soforthilfemaßnahmen seit dem Flüchtlingszuzug noch einmal verstärkt hat (Roth 2017). Auch wenn die Kommunen und Landkreise dieses generelle Repräsentationsdefizit nicht beheben können, so erscheint es doch angebracht, im Rahmen der bestehenden Kommunalverfassungen **mehr migrantische Partizipation zuzulassen und zu erwirken**. So könnte ein Aktionsfeld im Aufbau pluralistischer migrantischer Interessengruppen liegen. Hier sind v.a. Ansätze der Strukturförderung, etwa über das BAMF, von Bedeutung, die die Eigenständigkeit von Migrant*innenorganisationen und die Nachhaltigkeit der begonnenen Entwicklungen stärken, um den Ausbau ihrer Dienstleistungen zu unterstützen (Hirsland 2017). Die Etablierung eines kommunalpolitisch verankerten Integrationsbeirats auf der Grundlage von demokratischen Gründungsleitlinien (AGABY 2015) ist daher nicht nur eine relevante Zielstellung, sondern auch eine notwendige Vertiefung des Integrationsprozesses.

Für aktuell große integrationspolitische Debatten sorgen die **Weisungen des bayerischen Innenministers**, denen die Kommunen im Rahmen ihrer weisungsgebundenen Pflichtaufgaben nachzukommen haben. In zwei zentralen Politikfeldern liefert diese Studie Erkenntnisse, dass diese Integrationsbemühungen in den Landkreisen abträglich sein können. Die Verlagerung auf dezentrale Unterbringung erwies sich mit einem entsprechenden Wohnraumkonzept als klar integrationsfördernd. Die **Re-Zentralisierung der Unterbringungspolitik** seitens der Landesregierung kann daher nur als Schwerpunktverlagerung von einer Eingliederungs- hin zu einer Abschiebepolitik interpretiert werden, die sich allein schon angesichts des zeitlichen Horizonts als sozialpolitisch abträglich erweisen dürfte. Der Umgang mit landespolitischen Handlungsspielräumen wurde auch bezogen auf die **Arbeitsmarktintegration** von vielen Gesprächspartnern deutlich kritisiert. Die Ausländerbehörden legten die sog. „3+2-

Regelung“ zur Ausbildungsaufnahme so streng aus, dass bereits vorbereitende Schritte zur Beendigung des Aufenthalts wie die Beantragung eines Passes, denen betroffene Personen im Sinne der Mitwirkungspflicht ja nachzukommen haben, die Aufnahme einer Ausbildung außer Kraft setzten. Diese Praktik erscheint umso unverständlicher, als gerade in Bayern Fachkräftemangel und Integration über den Arbeitsmarkt dominierende politische Leitlinien sind. Im Umgang mit pflichtigen oder freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben zeigten die Untersuchungslandkreise dann auch Unterschiede, wie eigenständig Chancen der arbeitsmarktpolitischen Integration genutzt werden.

5 Einbezogene Literatur

AGABY – Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (2015): Kommunale Integrationslandschaften: Modelle partizipativer Strukturen in Bayern. Empfehlungskatalog. Online verfügbar unter: http://www.agaby.de/fileadmin/agaby/AGABY_Website/Publikationen/Empfehlungskatalog_2017/Empfehlungskatalog-Integrationslandschaften-AGABY.pdf (Letztzugriff: 13.02.2018)

Aumüller, Jutta; Gesemann, Frank (2016): Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration in ländlichen Räumen. In: APuZ, Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung, 66. Jg., 46-47/2016: Land und Ländlichkeit, 29-34.

Bayer. Landesamt für Statistik (2018): Statistikatlas Bayern. Online abrufbar unter: <https://www.statistik.bayern.de/statistikatlas/> (Letztzugriff: 27.01.2018)

Bayer. Landesamt für Statistik (2018): GENESIS-Online Datenbank. Online abrufbar unter: <https://www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?operation=previous&levelindex=3&levelid=1512140871965&step=3> (Letztzugriff: 04.02.2018)

Bayer. Landesamt für Statistik (2018): Landkreise und kreisfreie Städte. Demographische Profile. Online abrufbar unter: <https://www.statistik.bayern.de/statistik/kreise/> (Letztzugriff: 07.01.2018)

DESTATIS (2018): GENESIS-Online Datenbank. Online abrufbar unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (Letztzugriff: 04.02.2018)

DESTATIS (2018): Migration.Integration.Regionen. Gemeinsames Datenangebot von Destatis, BA und BAMF. Online abrufbar unter: https://service.destatis.de/DE/karten/migration_integratio_nen.html#ANT_SCH_SYRIEN (Letztzugriff: 13.02.2018)

Deutscher Landkreistag (2016): Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen. Strategische Leitlinien und Best Practices, Berlin.

Franke, Silke; Magel, Holger (Hrsg.): Flüchtlinge aufs Land? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen (106), Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München.

Gesemann, Frank; Roth, Roland (2016): Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik. Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI), Berlin. Online verfügbar unter http://www.desi-sozialforschung-berlin.de/wp-content/uploads/2016/03/DESI_Bericht_Kommunale-Fluechtlings_und-Integrationspolitik_05_2016.pdf

Gesemann, Frank; Roth, Roland (2017): Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten, Friedrich Ebert Stiftung Forum Berlin. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13372.pdf>.

Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hrsg.) (2018): Handbuch lokale Integrationspolitik, Springer VS: Wiesbaden.

Groß, Torsten; Huth, Susanne; Jagusch, Birgit; Klein, Ansgar; Naumann, Sieglinde (Hrsg.) (2017): Engagierte Migrant*innen. Teilhabe in der Bürgergesellschaft, Wochenschau Verlag, Schwalbach

Handelsblatt (13.01.2016): Miesbach, Dachau, Nordfriesland. Hier werden Eigentumswohnungen immer teurer. Online abrufbar unter: <http://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/miesbach-dachau-nordfriesland-hier-werden-eigentumswohnungen-immer-teurer/12820316.html> (Letztzugriff: 17.01.2018)

Hirsland, Katrin (2017): Engagement- und Integrationsförderung. Die wachsende Rolle von Migrant*innenorganisationen. In: Groß, T.; Huth, S.; Jagusch, B.; Klein, A.; Naumann, S. (Hrsg.): Engagierte Migrant*innen. Teilhabe in der Bürgergesellschaft, Wochenschau Verlag, Schwalbach, 53-60.

Kordel, Stefan; Weidinger, Tobias (2017): Sicht der Geflüchteten auf ländliche Räume - Impulsreferat. In: Mehl, P. (Hrsg.): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen. Thünen-Report 53, Thünen-Institut für ländliche Räume, Braunschweig, 43-53.

Mehl, Peter (Hrsg.) (2017): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen. Thünen-Report 53, Thünen-Institut für ländliche Räume, Braunschweig.

Mehl, Peter; Meschter, Diana; Neumeier, Stefan; Osigus, Torsten (2017): Aufnahme und Integration von Geflüchteten: Wo liegen die Spezifika und die größten Herausforderungen für ländliche Räume? In: Mehl, P. (Hrsg.): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen. Thünen-Report 53, Thünen-Institut für ländliche Räume, Braunschweig, 5-35.

Ritgen, Klaus (2018): Integration in ländlichen Räumen – die Rolle der Landkreise. In: Gesemann, F. / Roth, R. (Hrsg.): Handbuch lokale Integrationspolitik, Springer VS: Wiesbaden, 407-431.

Roth, Roland (2017): Politische Partizipation von Migrantinnen und Migrant*innen. In: Groß, T.; Huth, S.; Jagusch, B.; Klein, A.; Naumann, S. (Hrsg.): Engagierte Migrant*innen. Teilhabe in der Bürgergesellschaft, Wochenschau Verlag, Schwalbach, 61-74.

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2014): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen. Darmstadt.

Schammann, Hannes (2017): Kommunale Integrationspolitik. Impulsreferat. In: Mehl, P. (Hrsg.): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-) herausforderungen. Thünen-Report 53, Thünen-Institut für ländliche Räume, Braunschweig, 69-77.

Uhlich, Elke; Möhring, Dieter (2016): Vom Willkommensgruß zur Integrationsarbeit im Hofheimer Land. Oder: Wie wir es schaffen werden. In: Franke, S. / Magel, H. (Hrsg.): Flüchtlinge aufs Land? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen (106), Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München, 65-68.